Tagesordnung glatt erledigt. Der Rath theilte mit, daß er auch für dieses Jahr die Feier des kaiserlichen Geburtstages (22. März) wie in den Vorjahren zu begehen gedenke, also mit Festtafel, Beflaggung der öffentlichen Gebäude und festlicher Beleuchtung der Plätze! Als Hauptgegenstand ward der Haushaltplan für das Armenwesen pro 1884 berathen u. nach mehreren Abstrichen festgestellt.

Paris, 21. Febr. Bourse-Bericht. 3% Rente 75,37. Anleihe 105,65. Italiener 92,70. Türken 8,55. Türkenlooße —. Spanier 68,00. Egypter 336,00. Ottomanen 662,00. Schwach.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.

DRESDNER
Sprach-Collegium
und
Uebersetzungs-Bureau
Altmarkt No 25, II. Et.
Methode Robertson's
Zwei-Lehrer-System
Zirkelstunden von ½ M.
Monatskurse von 5 M. an
Anmeldungen in der Sprechzeit von 1—2 und am Schlusse jeder Stunde.
Das Directorium.

Hocheine
Masken-Garderobe
für Herren und Damen in grösster Auswahl bei anerkannter Accuratesse empfiehlt
Frau Bertha Streng,
grosse Brüdergasse Nr. 3
Pünktliche Besorgung nach auswärts.

Die anerkannt besten, wetterfesten und billigen Anstrichfarben
auf Hausfaçaden, Fussböden, feuchte Wände, Mauerwerk, Holz und Eisen sind die
Versteinerungs-Oelfarben von Rich. Berger Nachf.
in Dresden-Plauen.
Probeflächen, streichrecht, 2 Ko. Mk. 2,50, 4 Ko. für 20 Quad.-Mtr. 14 Mk. franco, von 100 Ko. an bedeutend billiger. Prospecte u. Musterkarten gratis u. franco.

Erste und grösste
Masken- u. Theatergarderobe,
Dominos in vorzüglicher Auswahl für Herren u. Damen
E. Preusser's Nachf., **Max Jacobi,**
2 Galeriestrasse 2, part. und I. Etage.
Aufträge nach auswärts werden prompt effectuirt.

Fabrik-Etablissement einfacher u. eleganter Kinder-Garderobe von Alexander Philipsohn, Waisenhausstraße 7, Halb-Etage.
Wegen der zum 1. April stattfindenden Verlegung des Geschäftslokals nach **Pragerstrasse 6, part.** werden sämmtliche Gegenstände des Lagers zu bedeutend herabgesetzten Preisen verkauft. | Für **Knaben: Confirmanden-** u. **Schul-Anzüge** etc. Für **Mädchen: Confirmanden-Jaquets, Kleider** etc. | Anfertigung nach Maass. Auswahlsendung bereitwilligst.

Nr. 53. 29. Jahrgang. Auflage: 40,000 Expl.

Aussichten für den 22. Februar: Mäßiger Südwestwind, veränderliche Bewölkung, Temperatur wenig verändert.

Dresden, 1884. **Freitag, 22. Februar.**

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden.

Dem Streite über den Zusammentritt des Reichstages macht die kaiserliche Verordnung ein Ende, welche die Volksvertretung auf den 6. März einberuft. Der nächste hierdurch angeregte Gedanke ist, daß abermals ein gleichzeitiges Tagen der verschiedenen Parlamente stattfindet. Diesmal ist aber nicht blos der preußische Landtag der „schuldige Theil", auch in München, Dresden, Karlsruhe und Darmstadt sitzen die Landtage noch dicke in der Arbeit. An Klagen über zu ausgedehnte Berathungen hat es nicht gefehlt und wird es nicht fehlen; zum Theil sind sie auch begründet, aber ganz zu beseitigen ist der Uebelstand nicht und bei den großen Anforderungen, welche das Reich an die Steuerzahler stellt, ist es den einzelnen Landesvertretungen nicht zu verübeln, wenn sie bei der Prüfung der heimischen Verhältnisse und Staatshaushalte hübsch die Groschen zusammennehmen. Jedenfalls sollen die Einzel-Landtage nicht aus dem Zusammentritt des Reichstages Anlaß nehmen, etwa ihre Berathungen übers Knie zu brechen. Eine begründetere Beschwerde ist das sich consequente Fernhalten des Fürsten Bismarck von den parlamentarischen Arbeiten. Auch die soeben als ganz zuverlässig angekündigte Rückkehr des Fürsten Bismarck nach Berlin behufs Betheiligung an der Berathung der preußischen Steuergesetze hat sich als falsch erwiesen. Nicht vor Mitte März, heißt es jetzt, wird der Reichskanzler in Berlin erscheinen. Es ist ein ziemlich abgedroschenes Spiel, das in der offiziösen Presse mit diesen Bismarckreisen getrieben wird. Ueber den Gesundheitszustand des Kanzlers werden eine Zeit lang die befriedigendsten Bulletins ausgegeben; im entscheidenden Momente aber unterbleibt seine bestimmt verkündete Reise behufs Theilnahme an den Parlamentsarbeiten. Dieses Sichfernhalten übt einen lähmenden Einfluß auf die Staatsgeschäfte; es geht nicht vorwärts und nicht rückwärts; es überwiegt das Gefühl, daß in der Gesetzgebung nichts Ordentliches zu Stande kommt, wenn der Mann, bei welchem alle Initiative und Verantwortlichkeit ruht, Preußen und das Reich aus seiner Einsiedelei nur mittelst Drahtes oder seines schwarzen Depeschenreiters regiert.

Ueber Erwarten groß ist die Mehrheit, mittelst welcher das englische Parlament das Tadelsvotum Gladstone's wegen seiner egyptischen Politik abgelehnt hat. 49 Stimmen Mehrheit sind sonst mehr als ausreichend, um in England einem Ministerium bombensichere Festigkeit zu verleihen; aber es ist bisher die geringste Mehrheit, die Gladstone um sich zu scharen wußte. Früher triumphirte er stets mit über 100 Stimmen über die Tories; diesmal ist überhaupt gar kein Anlaß zum Triumphe vorhanden und blos 49 Stimmen zeigen den Rückgang seines Einflusses unverkennbar. Die Irländer schlugen sich auf die Seite seiner Gegner; hingegen trat der von den Konservativen erwartete Abfall der Liberalen von ihrem Führer Gladstone nicht ein. Lediglich die Ungeschicktheit der Konservativen und ihr gänzlicher Mangel eines Programms, was denn England in Egypten und im Sudan zu thun habe? bewirkten den Sieg Gladstone's. Eine Vertrauenskundgebung liegt darin keineswegs, Vertheidiger fand er nicht; das Parlament verzieh ihm nur seine Sünden, weil es wußte, daß die Konservativen noch schwächlicher handeln würden. Diese denken denn auch daran, die Führerschaft zu wechseln und man bezeichnet den jungen Lord Randolph Churchill als den, der das Erbe des Lord Northcote in der Führung der Konservativen anzutreten habe. Deutschland können diese Zettelungen ziemlich gleichgiltig sein: in der Ausbeutung Egyptens für rein englische Interessen und mit Ausschluß der Rechte anderer Nationen geben Tories wie Whiggs einander Nichts nach. Mit welchen erbärmlichen Mitteln Gladstone operirte, um sich am Ruder zu erhalten, lehrt seine Behandlung der Depesche des General Gordon, welcher im Sudan den Sklavenhandel wieder eingeführt hat. So lange Gladstone eine schlimme Wirkung auf die Stimmung der Abgeordneten davon besorgte, drückte er sich orakelhaft darüber aus, ob Gordon wirklich Sklaverei und Menschenhandel wieder eingeführt und unter den Schutz Englands gestellt habe. Er that, als wüßte er nichts Bestimmtes darüber. Nun, da er seine 49 Stimmenmehrheit in der Tasche, verhehlt er nicht länger diese schmachvolle Handlung. Die Gladstone'sche Presse ist auch sofort mit Beschönigungsversuchen bei der Hand. Sklavenhandel und Sklavenjagd seien im Sudan absolut unentbehrlich, da derselbe ohne Sklavenhaltung veröden müßte; alle bisherigen Verbote dagegen seien wirkungslos geblieben. Mit solchen Gründen kann man die größten Niederträchtigkeiten rechtfertigen. Wo bleibt aber der Stolz Englands, die Sklaverei auf der ganzen Erde ausgerottet zu haben? Wo der Ruhmestitel Gordons, in seiner dreijährigen Gouverneurschaft im Sudan der grimmigste Feind der Sklavenjagd gewesen zu sein? Jetzt ist der gewissenlose Mann der Schirmherr dieser Unmenschen geworden. Eine ekelhafte Popularitätshascherei kennzeichnet sein Auftreten in Chartum. Er ließ auf dem Markte alle Schuldbücher des Volkes mit den Steuerresten verbrennen, ebenso alle Peitschen, Folterwerkzeuge und Bastonadenstöcke. Dann befreite er eine Anzahl Gefangene, besuchte die Spitäler u. s. w. Damit machte er sich so populär, daß Chartum illuminirte. Das Volk überließ sich der zügellosesten Freude. Neger wie Eingeborene sind von Gordon entzückt. Die Jagd auf Sklaven, ihre unmenschlichen Transporte durch die Wüste und der Handel mit Menschenfleisch geht unter dem Schutze Großbritanniens nun wieder an. Hoch lebe das civilisirte England! Rule Britannia!

Ein löblicher Beschluß war es, daß die französische Deputirtenkammer den Unterricht in den Staatsschulen lediglich den Laien anvertraute und die Priester davon ausschloß. Die Geistlichkeit widersetzte sich diesem Fortschritt, dem sich kein Kulturstaat entziehen kann, aber vergeblich. Gleichwohl ist es zweifelhaft, ob dieser Fortschritt auch alsbald in Frankreich allgemein verwirklicht werden kann. Die leidige Finanzlage der Republik hindert sie, die dazu nöthigen Geldmittel jetzt zu beschaffen. Ohne Aufbesserung der sehr niedrigen Lehrergehalte finden sich nicht die ausreichenden Lehrkräfte. In Frankreich wird nämlich jetzt die Volksschule zu ¾ vom Staate und nur zu ¼ von den Gemeinden unterhalten. Dieses Mißverhältnis hat seinen Grund in der Wahltaktik der Abgeordneten. Wie kann sich ein Abgeordneter seinen Wählern besser empfehlen, als indem er ihnen auf Staatskosten Schulpaläste hinstellt und die Lehrer derselben vom Staat besolden läßt? Bezahlt nun aber der Staat die meisten Schulkosten, so hat er auch den öffentlichen Unterricht und das Lehrpersonal durchaus in der Hand, d. h. das französische Staatswesen hat die Schule ebenso stark centralisirt, wie alles Uebrige. Eine solche Einrichtung hat ihre schweren Bedenken. Sie verbindert die Gemeinden, sich ihrer eigensten und wichtigsten Interessen lebhaft und dauernd anzunehmen, indem sie ihre Kompetenz in Schulfragen auf ein Minimum beschränkt. Natürlich bekümmert sich die französische Gemeinde weniger um einen Lehrer, den der Präfekt des Departements einsetzt und abberuft, als z. B. die schweizerische Gemeinde, welche ihre Lehrer wählt und sogar wegwählen kann. Dem neuesten Volksschulgesetze haftet diese Popularitätshascherei in hohem Grade an. Um den Lehrern in den Staatsschulen auskömmlichen Gehalt zu gewähren, müßte Frankreich, dessen Unterrichtsbudget jetzt 95 Mill. beträgt, noch weitere 25 Mill. dafür aufwenden und die ganze Schulreform würde nach und nach fernere 100 Mill. Francs kosten. Dazu hat aber die Republik kein Geld und wenn schon Vorschläge auftauchen, zur Aufbesserung der Finanzen sogar die Staatsrente zu besteuern, wie dürfen die Schullehrer hoffen, daß der Staat zu ihren Gunsten so tief in die Tasche greift?

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." vom 21. Febr.

Berlin. Abgeordnetenhaus. Heute stand die hannöversche Provinzialordnung zur Berathung. Die Streitfrage ist: Wie soll der Provinziallandtag zusammengesetzt sein? Die Regierung will den Landtag aus den Kreistagen hervorgehen lassen, der hannoversche Provinziallandtag und mit ihm der ehemalige Führer der Nationalliberalen, Herr v. Bennigsen, wollen ständische Vertretung. Für letzteres hat sich auch die berichterstattende Kommission des Abgeordnetenhauses entschieden und zwar gegen die Stimmen der Nationalliberalen, die entgegen der Anschauung Bennigsen's auf dem Standpunkt der Regierung treten. Damit ist das Spiel der Widersprüche noch nicht aus, indem die Konservativen, aus deren Reihen der Minister des Innern, Herr v. Puttkamer, hervorgegangen ist, dessen Vorlage im Gegensatz zu ihrer früheren Stellungnahme bekämpfen und ständische Zusammensetzung des hannöverschen Provinzial-Landtages verlangen. Der hannöversche Führer des Centrums endlich, Dr. Windthorst, will, daß möglichst Alles beim Alten bleibe und nur so viel geändert werde, als zur nothdürftigen Anpassung an die neue Verwaltungs-Organisation erforderlich ist. Die Provinzialordnung wurde schließlich in der Fassung der Regierungsvorlage angenommen.

Berlin. Unter den Gerüchten, welche an die Audienz des russischen Militärbevollmächtigten Dolgorucki bei dem Kaiser und seine Reise nach Friedrichsruhe anknüpfen, tritt auch die Eventualität einer Zusammenkunft des russischen Kaisers mit Kaiser Wilhelm hervor. Fürst Dolgorucki war bereits vorigen Herbst der Träger der zwischen Kopenhagen und Merseburg gepflogenen bezüglichen Verhandlungen. Es wird angenommen, daß, wenn es diesmal zu einer Zusammenkunft kommen sollte, dieselbe in Berlin stattfinden würde.

Berlin. Bezüglich der 1866 erfolgten Sendung v. Gablenz' nach Wien wird der „Post" aus Weimar geschrieben: v. Gablenz hatte Vorschläge, wie der Krieg zu vermeiden sei, entworfen und begab sich mit diesen, nicht im strikten Auftrage Bismarck's, wohl aber unter Vorwissen desselben nach Wien. Ein Schreiben des Königs Wilhelm an den Kaiser Franz Joseph hat derselbe nicht überbracht. — Die Bundesrathsausschüsse haben gestern die Berathungen des Aktien-Gesetzes zu Ende geführt. Die Ausschußberathungen über das Unfallversicherungsgesetz beginnen morgen. Der Bundesrath berieth das Gesetz über den Feingehalt der Gold- und Silberwaaren. Der Entwurf stimmt im Wesentlichen mit dem dem Reichstag bereits 1878 vorgelegten, wegen des Sessionsschlusses aber nicht berathenen Entwurf überein.

München. Die Kammer der Reichsräthe verwies den Antrag Kessler betreffs der Beschränkung der Verehelichungs-Freiheit an einen Ausschuß und lehnte den Antrag Soden betreffs einer größeren Vertretung der Landwirthe im Eisenbahnrath mit großer Majorität ab, nahm jedoch einstimmig das Gesetz über die Ausführung des Reichsgesetzes über die Krankenversicherung der Arbeiter an.

Wien. Der Kaiser lehnte die Begnadigung der drei zum Tode verurtheilten Mörder des Juder Curiae und Präsidenten des ungarischen Oberhauses, Majlath, ab. Die Hinrichtung derselben findet Sonnabend statt.

Paris. Der Stadtrath verwarf den Antrag des Kredit Foncier, 50 Millionen gegen städtische Garantie zur Einrichtung von Arbeiterwohnungen zu leihen und beschloß die unentgeltliche Ueberlassung städtischer Grundstücke an die Unternehmer, deren Häuser nach 75 Jahren der Stadt anheimfallen sollen.

London. Bradlaugh wird heute wieder versuchen, im Unterhause den Eid abzulegen.

Kairo. Die vom General Gordon in Betreff des Sklavenhandels erlassene Proklamation lautet: „Ich wünsche, Euch Glück und Ruhe wiederzugeben. Ich weiß, daß durch die Unterdrückung des Sklavenhandels welcher vertragsmäßig unter Androhung schwerer Strafen verboten wurde, Euer Unmuth erregt ist, und habe deshalb bestimmt, daß der Sklavenhandel wieder gestattet werde. Ich habe die öffentlichen Ausrufer anweisen lassen, diese Verfügung zu verkündigen. Ein Jeder, der Dienstboten besitzt, kann diese als sein Eigenthum betrachten und verkaufen". (Pfui!)

Kairo. Zwei englische Infanterie-Regimenter und zwei von englischen Offizieren befehligte egyptische Bataillone werden nach Assuan abgeschickt.

Suakim. General Graham wird Abends erwartet. Die Streitkräfte der Expedition sind sodann, mit Ausnahme der von Aden erwarteten Truppe und der Marine-Infanterie von Malta, welche morgen Abend eintreffen, vollständig vereinigt. Die Ausschiffung erfolgt Sonnabend und der Marsch auf Tokar beginnt Sonntag.

Shanghai. Nach einer Meldung des Reuter'schen Bureaus circulirt das Gerücht, daß in der Mongolei ein Aufstand ausgebrochen ist.

New-York. In dem 8 Meilen von Connelsville (Pennsylvanien) befindlichen Bergwerke hat eine Explosion stattgefunden. Während der Katastrophe befanden sich 75 Bergleute in der Grube. Bis jetzt sind 12 Personen getödtet, die Mehrzahl derselben ist sehr schwer verletzt; außerdem sind 29 Leichen aufgefunden worden. Im Süden und Südosten der Vereinigten Staaten hat ein heftiger Tornado (Wirbelsturm) gewüthet und sehr großen Schaden angerichtet, namentlich in Georgia, Alabama, Nord-Carolina und Süd-Carolina. Eine erhebliche Anzahl Menschen ist theils getödtet, theils schwer verletzt und zahlreiche Gebäude sind zerstört worden. Die Leichen einiger Verunglückter sind von dem Sturme auf weite Strecken fortgeführt worden. Im Thale des Ohio hat das Unwetter die Leiden der Opfer der letzten Ueberschwemmungen bedeutend erhöht; man fürchtet, daß viele Personen umgekommen sind. — Mit dem hier eingetroffenen Dampfer „Frisia" sind die Leichen des Kommandanten der „Jeannette", Kapitän Delong und der mit ihm verunglückten Kameraden gelandet worden.

Die **Berliner Börse** verlief lustlos und schwach, eine Tendenz, die im Einklang mit den von fremden Plätzen vorliegenden Meldungen steht. Der Schluß war leblos, die Nachtbörse schwach. Leitende Banken waren angeboten und in Folge dessen niedriger, Kassabanken ruhig, österreichische und Schweizer Bahnen bewegten sich ungefähr auf dem gestrigen Niveau, österreichische Prioritäten waren gut behauptet, auch deutsche Bahnen wiesen keine bemerkenswerthen Veränderungen auf. Stamm-Prioritäten waren fest, spekulative Bergwerke durch Angebot gedrückt, deutsche Fonds still. Für fremde Renten bestand gute Tendenz, namentlich waren russische Fonds bevorzugt.

Frankfurt a. M., 21. Februar. Credit 263¼. Staatsbahn 263½. Lombarden —. 60er Loose —. Oesterr. Silberrente —. Papierrente —. Galizier —. Oesterr. Goldrente —. 4% Ung. Goldrente —. 76er Russen —. 80er Russen —. 2. Orientanleihe —. Neueste Ungar. Goldanleihe —. 3. Orientanleihe —. Ungar. Papierrente —. Diskonto —. Egypter 67,31. Gotthardbahn 99¼. Mainzer —. Still.

Wien, 21. Februar. Credit 307,60 Staatsb. 311,70. Lombarden 142,70. Nordwestb. 182,50. Marknoten 59,32½. Ung. Credit 310,25. Elbethal —. Still.

Paris, 21. Februar. (Schluß.) Rente 76,12. Anleihe 105,85. Italiener 92,60. Staatsbahn 650,00. Lombarden —. do. Prioritäten 294. Egypter 337. Oesterr. Goldrente 85½. Unentschieden.

Lokales und Sächsisches.

— Geheimrath **Held** erhielt den preußischen Kronen-Orden 2. Klasse mit dem Stern, Geh. Finanzrath **Golz** den Kronen-Orden 2. Klasse. Das Ritterkreuz 2. Klasse des Königl. Sächs. Albrechts-Ordens erhielt der Premier-Leutnant v. **Jagow** im 1. Hannöverschen Ulanen-Regiment Nr. 13.

— Der Vorstand des fiskalischen Blaufarbenwerkes zu Oberschlema, Bergrath Friedrich **Köttig** erhielt den Titel und Rang eines Ober-Bergrathes.

— Nachgenannte 3 Mitglieder des Kirchenchores in **Burkersdorf**: Gartenbesitzer Gottlob Schwertner, Schneider Friedrich Anders und Gotthelf Grunert erhielten Anerkennungsurkunden seitens des evangel.-luth. Landeskonsistoriums.

— Graf **Seebach**, früher Kgl. Sächs. Gesandter in Petersburg, ist schwer erkrankt. Bei den vielen trefflichen Eigenschaften, die diesen Edelmann zieren, erregt der Fall vielseitig Theilnahme.

— Fortgesetzte Schlußberathung, den Etat der Staats-Eisenbahnen betr. Bei der gestrigen Berathung des **Eisenbahnetats** in der **zweiten Kammer** gedachte merkwürdiger Weise keiner der zahlreichen Redner, mit Ausnahme des Abg. Günther, der Eisenbahntariffrage, es ist demnach anzunehmen, daß nicht nur in der Deputation, sondern in der Kammer überhaupt sich die zu Anfang des Landtags zu Tage tretenden Gegensätze so ziemlich ausgeglichen haben. Vicepräsident Dr. Pfeiffer eröffnete die Debatte, indem er darauf hinweist, wie wünschenswerth es sei, daß man in Zügen und Bahnhöfen elektrische Beleuchtung einführe. Er beschwert sich ferner mit gutem Grunde über die Langsamkeit der zwischen Dresden und Zittau verkehrenden Züge und wünscht, daß wenigstens **ein** Zug eine schnelle Verbindung dieser Orte vermittle. Ebenso wünscht Abg. Jahn die Verkehrsverhältnisse der Linie Reichenbach-Oelsnitz-Eger gebessert zu wissen. Abg. Dr. Straumer entrollt einen Wunschzettel von respektabler Länge, er bittet, eine etwaige Beschränkung der Fälle, in denen die Generaldirektion freie Fahrt gewährt, nicht auch auf die Schulen auszudehnen. Weiter plaidirt er für Errichtung von Rauchcoupés in den Wagen 3. Klasse. Um den Kohlenbau im Lugau-Oelsnitzer Becken zu heben, wünscht er möglichste Erleichterung der Verkehrsverhältnisse von den dortigen Werken nach Riesa. Ferner will er im Interesse der Reisenden den Besuch der Bahnhöfe von Seiten des einheimischen Publikums beschränkt wissen und verwendet sich schließlich noch für eine bessere Verbindung zwischen Chemnitz und Stollberg. Nachdem Abg. Knechtel für einen besseren Anschluß der Muldenthalbahn in Glauchau plaidirt, zollt Abg. Schreck der Königl. Generaldirektion der Staatseisenbahnen, mit deren Verwaltung man im ganzen Lande zufrieden sei, volle Anerkennung. Das segenreiche Wirken derselben zeige sich namentlich in dem engen Zusammenhalten und der Berufsfreudigkeit der Eisenbahnbeamten, doch würde sich dasselbe noch weiter entfalten können, wenn man der Direktion eine größere Selbstständigkeit vom Finanzministerium einräumen wollte. Eine Aufbesserung der Gehaltsverhältnisse der Arbeiter sei dringend geboten. Weiter macht er darauf aufmerksam, wie gefährlich es wäre, wenn die Conducteure auf den sächsischen Bahnen die Billets während der Fahrt controlirten und wünscht, daß man bei Bahnbauten das Expropriationsverfahren dahin abändere, daß man den Eigenthümern bei der Taxation ebenfalls eine Stimme zuerkenne. Finanzminister v. Könneritz entgegnet ihm, daß dies bereits in der Praxis so gehandhabt würde, indem die betreffenden Sachverständigen von dem Bezirksausschusse gewählt würden. Das Coupiren der Billete während der Fahrt sei nur durch in den Verkehr tief einschneidende Neueinrichtungen zu vermeiden. Dem Abg. Dr. Staumer gegenüber constatirt er, daß eine Verkürzung der an Schulkinder gewährten Fahrvergünstigungen nie in Frage gekommen sei. Die übrigen Wünsche desselben werde er in Erwägung ziehen. Abg. Uhlmann beklagt sich darüber, daß auch auf der Strecke Stollberg-Chemnitz der Verkehr ein so langsamer sei, daß man oft in Versuchung käme, auszusteigen und den Zug weiter zu schieben und bittet die Regierung, die Einführung von Arbeiterzügen oder wenigstens Arbeiterbillets in Erwägung zu ziehen. Abg. v. Vollmar ergeht sich hierauf in einstündiger Rede vor ziemlich leeren Bänken über das von der Eisenbahnverwaltung den Beamten und Arbeitern gegenüber verfolgte System. Die hohen Einnahmen der Staatseisenbahnen, die für die Steuerzahler allerdings etwas Verlockendes haben möchten, gründeten sich nur auf die schlechten Lohnzahlungen und die Ausnutzung der Arbeitskräfte. Dies sucht er statistisch nachzuweisen. Dem Abg Schreck gegenüber behauptet er, daß die Bahnbeamten ihre gerechten Wünsche eher erfüllt bekämen, wenn sie sich an das Ministerium, statt an die Generaldirektion wendeten, und wünscht demnach, daß man der Direktion ja keine zu große Selbstständigkeit einräume. Er verbreitet sich dann über die Lage der sächsischen Bahnbeamten und Arbeiter. Um dieselbe aufzubessern, müsse man mit der steten Verminderung der Beamtenstellen aufhören und im Gegentheil eine größere Anzahl Arbeiter als Beamte anstellen. Auch seien, wie sich die Regierung wohl selbst bewußt wäre, die Löhne im Verhältniß zu der zu leistenden Arbeit viel zu niedrig. Abg. Dr. Heine glaubt, daß durch das fortwährende Raisonniren über die niedrigen Löhne eine wirkliche Besserung nicht eintreten werde. Die Ursache für den niedrigen Stand der Löhne sei nicht, wie man vielfach behaupte, in der steigenden Ueberproduktion, sondern in der falschen Produktion und dem Mangel an Konsumption zu suchen. In dem Bericht vermißt er eine bestimmte Angabe über die Neugestaltung der Tarife und meint, daß es zweckmäßig sei,